



Einer der wichtigsten Kultur-Magneten Bremens: die Kunsthalle. Sie lockte im vergangenen Jahr 11 500 Besucher mehr als 2013 an.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Bremer Museen zählen mehr Besucher

Dagegen fällt Bremerhaven zurück: Auswandererhaus und Historisches Museum verlieren erneut deutlich

Auf den ersten Blick hat sich wenig verändert – die Museen im Land Bremen haben im vergangenen Jahr nur etwas mehr Besucher anlocken können als 2013. Doch die Stadt Bremen gewinnt deutlich – ungefähr in dem Umfang, in dem Bremerhaven verliert. Das Minus in der Seestadt von fast 25 000 Besuchern geht vor allem auf das Historische Museum und das Deutsche Auswandererhaus zurück.

VON IRIS HETSCHER

Bremerhaven-Bremen. Einmal im Jahr gibt der Senator für Kultur eine Liste mit den Besucherzahlen der Museen im Land Bremen heraus, die stets auch ein Seismograf für die Beliebtheit der einzelnen Einrichtungen ist. Demnach sind im vergangenen Jahr nur rund 2000 Menschen mehr als im Vorjahr in die Einrichtungen gestromt: 821 490 gegenüber 819 486 (2013). Schaut man sich die Bilanz für die Stadt Bremen an, ist aber ein sattes Plus von sechs Pro-

zent zu verzeichnen: knapp 451 000 statt 424 346 Besucher zog es zu Kunst, Völkerkunde und Geschichte. Zu verdanken ist das vor allem der Bremer Kunsthalle, die knapp 11 500 Besucher mehr anlocken konnte – wohl vor allem wegen der Picasso-Schau im Frühjahr. Auch das Schulmuseum und die Museen Böttcherstraße legten zu. Kultursenator und Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) nannte das „ein erfreuliches Resultat“.

In der Schwesterstadt Bremerhaven dürfte es dagegen gestern lange Gesichter gegeben haben. Statt 395 138 Menschen, die es 2013 noch in die sechs Museen gezogen hatte, kamen im vergangenen Jahr nur noch 370 544, ein Minus von ebenfalls sechs Prozent. Nicht in die Berechnungen einbezogen ist dabei das Klimahaus, das seine Besucherzahlen nicht veröffentlicht.

Besonders schlimm erwischt hat es in Bremerhaven zwei Einrichtungen: das Auswandererhaus und das Historische Museum. Beim Auswandererhaus brechen die

Zahlen zum zweiten Mal in Folge regelrecht ein. Bereits im Jahr 2013 kamen knapp 16 000 Besucher weniger als im Jahr zuvor. Dieser Trend hat sich fortgesetzt: 183 069 Besuchern im Jahr 2013 stehen nur noch 171 365 im vergangenen Jahr gegenüber – das ist ein Minus von fast 12 000. Wirft man einen Blick zurück auf die Jahre seit der Eröffnung, ist dies der Höhepunkt einer schleichenden Entwicklung: Seit 2006 ist die Besucherzahl nicht mehr gestiegen – damals kamen 240 000 Besucher, jetzt sind es mehr als ein Viertel weniger.

Bremerhavens Kulturdezernent Michael Frost (Bündnis 90/Die Grünen) sieht eine Gewöhnung: „Irgendwann waren alle Einheimischen da.“ Das Museum arbeite allerdings daran, sich zu erneuern und „etwas zu bieten, damit die Menschen häufiger kommen“. Das könne von Angeboten der Museumspädagogik bis zu neuen Schwerpunkten gehen. Außerdem stehe man natürlich in Konkurrenz zur 2007 eröffneten BallinStadt in Hamburg.

Beim Historischen Museum fällt Frost die Erklärung leichter. Das Haus ist von knapp 33 300 Besuchern 2013 auf 18 000 abgesackt – auch in den Jahren zuvor waren immer weniger Menschen gekommen. Das Museum habe seit der Eröffnung der „Havenwelten“ einen schwereren Stand: „Auswärtige Besucher haben jetzt mehr Auswahl, die schauen sich nicht mehr unbedingt Lokalgeschichte an“. Zudem habe man 2014 die Öffnungszeiten eingeschränkt, um Sparvorgaben zu erfüllen. Nun werde überlegt, dieses wieder rückgängig zu machen, gespart werden müsse eventuell beim Personal. Außerdem werde von der Hochschule Bremen derzeit ein neues Marketingkonzept erstellt. Genau in diesem Bereich sieht Frost generell noch viel Luft nach oben: „In Bremen sind die Museen selbstverständlich Teil des Tourismuskonzepts.“ Genau das wünscht er sich auch für Bremerhaven. In den Negativzahlen stecke daher auch eine Chance: „Ich sehe das als Weckruf.“ **Kommentar Seite 2**

Gefechte trotz Feuerpause

Noch kein Waffenabzug in Ukraine

Kiew-Donetsk. Zahlreiche Verstöße gegen die Waffenruhe in der Ostukraine belasten den Friedensprozess für die kriegsgebeutelte Region. Trotz der vereinbarten Feuerpause wurden nach Armeangaben mindestens fünf Soldaten im Kriegsgebiet getötet. Insbesondere bei dem Verkehrsknotenpunkt Debaltzowo dauerten die Gefechte an. Im Gebiet Lugansk kam Berichten zufolge ein Zivilist ums Leben.

Vor allem der geplante Abzug schwerer Waffen ist durch die Gefechte gefährdet. Solange die prussischen Separatisten Stellungen der Armee unter Feuer nähmen, werde die Ukraine ihre Geschütze nicht zurückziehen, sagte Militärsprecher Andrej Lysenko in Kiew. „112 Mal Beschuss – das ist keine Waffenruhe“, kritisierte er. Auch die Aufständischen warfen dem Militär Dutzende Verstöße gegen die Feuerpause vor, die in der Nacht von Sonntag auf Montag in Kraft getreten war. Separatistenführer Eduard Bassurin stellte klar, die Geschütze würden erst abgezogen, wenn die Feuerpause halte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande forderten freien Zugang der OSZE-Beobachter zum Kriegsgebiet. In einem Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zeigten sich beide nach Angaben aus Paris besorgt über die anhaltenden Kämpfe in Debaltzowo. **Bericht Seite 4**

Mutmaßliche Terror-Helfer festgenommen

Männer sollen Attentäter von Kopenhagen unterstützt haben / Karneval thematisiert jüngste Anschläge

Kopenhagen-Köln. Nach den tödlichen Anschlägen von Kopenhagen hat die Polizei zwei mutmaßliche Komplizen festgenommen, die wegen Verdachts der Mithilfe in Untersuchungshaft kamen. Die beiden Männer sollen dem Attentäter „mit Rat und Tat“ geholfen haben, wie die Polizei erklärte. Medienberichten zufolge haben sie dem Attentäter Waffen besorgt, was die Polizei zunächst nicht bestätigte. Der 22-jährige arabischstämmige Todesschütze wollte sich einem Medienbericht zufolge der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien anschließen. Weil er diesen Wunsch während einer Gefängnisstrafe geäußert habe, hätten ihn die Behörden auf eine Liste radikalisierter Häftlinge gesetzt, berichtete die Zeitung „Berlingske“. Am Abend versammelten sich rund 40 000 Menschen zu einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Anschläge.

Die israelische Regierung erteilte unterdessen mit ihrem Aufruf an die in Europa lebenden Juden zur Auswanderung nach Israel deutlichen Widerspruch. Die Juden hätten ihren Platz in Europa und in Besondere in Frankreich, sagte Frankreichs Staatspräsident François Hollande. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte: „Wir werden alles dafür tun, dass die Sicherheit jüdischer Einrichtungen und Bürger jüdischer Herkunft in Deutschland gewährleistet wird.“

Millionen Karnevalfans boten am Rosenmontag mit beißender Satire der Angst vor Anschlägen die Stirn. Bei den großen Umzügen in Köln, Düsseldorf und Mainz



Kein Zusammenhang von Terror und Religion? Die Karnevalisten gingen bei den Rosenmontagsumzügen auch auf die jüngsten Anschläge ein.

FOTO: DPA

wurde das Thema Terror nicht ausgespart. In Düsseldorf stand auf einem der Wagen „Charlie Hebdo – Satire kann man nicht töten“. Am Sonntag war in Braunschweig ein Umzug nach einer Terrorandrohung abgesagt worden.

Nach der Enthauptung ägyptischer Christen in Libyen durch die IS-Terrormiliz

wird derweil der Ruf nach einem Eingreifen des UN-Sicherheitsrates laut. Die internationale Gemeinschaft müsse neue Maßnahmen ergreifen, um das Vordringen des IS in dem Bürgerkriegsland zu verhindern. Die ägyptische Luftwaffe bombardierte gestern IS-Stellungen in Libyen. **Kommentar Seite 2-Berichte Seiten 4, 6 und 14**

INHALT

Bildung & Wissen	28
Familienanzeigen	12, 13
Fernsehen	26
Lesermeinung	19
Rätsel & Roman	27
Verbraucher	18

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Möpse reisen zur Gartenschau

Bremen. In einer unscheinbaren Garage im Bremer Stadtteil Findorff entsteht in diesen Tagen ein Rudel Bronze-Möpse. Die schweren Hundeskulpturen sollen nach ihrer Fertigstellung ein Teil der Bundesgartenschau in Brandenburg sein. Dabei handelt es sich um die sogenannten Waldmöpfe, die Loriot einst für einen Sketch erfunden hatte. Bronzegießer Thomas Schmalz hat vier Möpse bereits fertig gestellt. 16 sollen es werden. **Seite 9**



FOTO: FRANK THOMAS KOCH

KULTUR

„Ekel Alfred“ kommt zurück

Bremen. Marcus Rudolph kann's nicht lassen: Der Radiomoderator („Bremen eins“) und Schauspieler steht ab Donnerstag erneut als „Ekel Alfred“ auf der Bühne. Im Packhaustheater im Schnoor gibt Rudolph den reaktionären Spießbürger Alfred Tetzlaff aus der TV-Serie „Ein Herz und eine Seele“. Wie er sich darauf vorbereitet hat und warum er manchmal ziemlich schlecht gelaunt war, erzählt er im Interview. **Seite 20**



FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

SPORT

Lukimya überzeugt Werder-Chefs

Bremen. Die Väter des jüngsten Erfolgs haben bei Werder viele Namen: Viktor Skripnik, Franco Di Santo, Zlatko Junuzovic. Ein heimlicher Gewinner ist Assani Lukimya. Der Innenverteidiger nutzte seine Chance, die sich ihm durch den Ausfall von Alejandro Gálvez auftat, und will seinen Platz in der Startelf verteidigen. Trainer und Sportchef sind begeistert von Lukimya, der nicht nur wegen seines Tores überzeugte. **Seite 21**



FOTO: VARE

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
8°	0°	60%

Nur etwas Sprühen
Ein Tief über dem Nordmeer lenkt ein wenig Sprühen in den Nordwesten Mitteleuropas.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell

So wächst die Bremer Wirtschaft



Bremen (akg). Im Nordwesten sind seit 2010 viele neue Arbeitsplätze entstanden. Laut einer Studie wird sich dieser Trend aber in den kommenden Jahren wenden. Bremen und die Region werden abgehängt und müssen sich auf einen Verlust von Arbeitsplätzen einstellen, so die Prognose. Wirtschaftsexperten raten deshalb zu mehr Kooperation zwischen den Kommunen in der Region – auch weil in Bremen Gewerbeflächen knapp werden. „Weg von der Kirchturnpolitik“, lautet die Forderung an die Verantwortlichen. Bremen sollte als „Lokomotive“ eine Führungsrolle in der Industrie- und Wirtschaftsentwicklung der Region übernehmen. Wie das gelingen kann, lesen Sie im zweiten Teil unserer Serie zur Bürgerschaftswahl. **Thema Seite 17**

JadeWeserPort soll ausgebaut werden

Oldenburg. Die niedersächsischen Seehäfen haben 2014 insgesamt 46,4 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen und sich dabei sehr unterschiedlich entwickelt. Im Vergleich zu 2013 habe der Umschlag um rund ein Prozent zugelegt, sagte die Geschäftsführerin der Seaports of Niedersachsen GmbH, Inke Onnen-Lübbers, gestern in Oldenburg. Eine besondere Situation besteht weiterhin im 2012 eröffneten JadeWeserPort in Wilhelmshaven. Nachdem 2013 nur 76 000 Standardcontainer (TEU) bewegt worden waren, ging die Zahl im vergangenen Jahr auf 67 000 TEU zurück. Dennoch will der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) noch in diesem Jahr das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie für die zweite Ausbaustufe des JWP vorstellen. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 15**

Erste Tarifrunde ohne Ergebnis

Berlin. Zum Auftakt der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder klaffen die Positionen weit auseinander. Die Länder wiesen die Forderungen der Gewerkschaften gestern strikt zurück. ver.di und der Beamtenbund (dbb) verlangen 5,5 Prozent mehr Einkommen. Für den Chef der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD), ist dies „realitätsfern“. Die erste Verhandlungsrunde ging in Berlin nach weniger als zwei Stunden ohne Ergebnis zu Ende. Angesetzt sind zwei weitere Runden bis Mitte März in Potsdam. Verhandelt wird für die rund 800 000 Angestellten der Länder. Zudem soll der Abschluss laut Gewerkschaften auch auf die rund zwei Millionen Beamten und Pensionäre übertragen werden. **Standpunkte Seite 2**

Verhandlungen mit Athen geplatzt

Brüssel-Athen. Die griechische Regierung hat zum zweiten Mal binnen weniger Tage Gespräche über den Umgang mit ihren Milliardenschulden platzen lassen. Nach nicht einmal dreistündigen Beratungen der Euro-Finanzminister in Brüssel hieß es gestern Abend aus Kreisen der Regierung in Athen: „Es kann heute keine Einigung geben.“ Die anderen Eurogruppen-Mitglieder reagierten mit einer unmissverständlichen Drohung. „Wir können diese Woche noch nutzen, aber das ist es“, sagte Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem nach dem Scheitern der Verhandlungen in Brüssel. Letzte Chance für eine Einigung ist demnach die Einberufung eines weiteren Euro-Finanzministertreffens an diesem Freitag. Das aktuelle Hilfsprogramm läuft Ende des Monats aus. **Bericht Seite 3**